



# -Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

## Griechenlandpaket verlängert, nicht erweitert!

*Linksradikale Syriza-Partei musste Reformprogramm in vollem Umfang zustimmen*

**Der Bundestag hat heute mit großer Mehrheit einer viermonatigen Verlängerung des 2. Griechenlandhilfspakets zugestimmt. Damit ist keine Ausweitung der deutschen Haftung verbunden. Die neue griechische Regierung musste sich verpflichten, alle Reformauflagen in vollem Umfang einzuhalten.**

Das Hilfsprogramm wurde im Herbst 2012 vom Bundestag beschlossen und war bis zum 31.12.2014 befristet. Bereits im Dezember letzten Jahres wurde es um zwei Monate verlängert. Durch die danach angesetzten Wahlen in Griechenland, die zu einem Regierungswechsel führten, konnte die sogenannte Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission ihre Arbeit nicht fortführen, so dass es zu keinem Abschluss des Programmes zum 28.02.2015 kommen konnte und auch die restlichen Mittel (ca. 3,9 Mrd. Euro) nicht ausbezahlt wurden.

Nach den Wahlen erklärte die neue Regierung Griechenlands, dass sie sich entsprechend ihren Ankündigungen im Wahlkampf nicht länger an die Vereinbarungen mit den übrigen Euro-Staaten halten wird. Damit wären selbstverständlich weitere Hilfen ausgeschlossen gewesen, weil es sich de facto um eine einseitige Kündigung der Vereinbarungen gehandelt hätte. Die sehr rabiate Wortwahl des Premierministers und seines Finanzministers noch nach der Wahl haben dabei nicht nur in Deutschland, sondern in allen Euro-Staaten für sehr starke Irritationen gesorgt. Alle 18 Euro-Finanzminister haben bereits beim Antrittsbesuch ihres griechischen Kollegen deutlich gemacht, dass sie die Haltung von Wolfgang Schäuble teilen und eingegangene Verpflichtungen zwingend einzuhalten sind. Griechenland stand mit seiner Forderung, die ursprünglichen Verpflichtungen zu verändern, vollkommen isoliert da. Auch ich habe gegenüber unseren regionalen Medien

sehr deutlich klargestellt, dass auch im Falle eines Regierungswechsels der Grundsatz „pacta sunt servanda“ gilt. Vor allem habe ich mich aber innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vehement dagegen ausgesprochen, der Regierung aus Linksextremen und Rechtspopulisten irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Dies wäre nicht nur gegenüber den Wählern in Deutschland nicht zu erklären gewesen. Ganz besondere Schwierigkeiten würden aber die Regierungen jener Länder bekommen, die ihrerseits harte Maßnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen und zur Reform der Wirtschaft durchführen mussten. Kein Minister in Portugal, Spanien oder den baltischen Ländern könnte es seiner Bevölkerung erklären, warum einer extremistischen griechischen Regierung Zugeständnisse gemacht werden, während im eigenen Land die Auflagen vollumfänglich umgesetzt werden.

Doch bereits nach wenigen Tagen im Amt kam die neue Regierung offensichtlich zu der Einsicht, dass Griechenland ohne Hilfen der Euro-Partner in kurzer Zeit erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten bekommen würde. Daher stellte die Regierung in der letzten Woche den Antrag, das ursprüngliche Programm aus dem Herbst 2012 um bis zu vier weitere Monate zu verlängern, um es doch noch abschließen zu können. Die Überwachung der eingegangenen Verpflichtungen wird dabei selbstverständlich auch weiterhin bei den drei oben genannten Institutionen liegen. Jede Auszahlung ist dabei von einem positiven Votum der Institutionen und der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages abhängig. Es wird also nicht zu einer sofortigen Auszahlung der Mittel kommen, sondern die griechische Regierung muss zunächst nachweisen, dass sie ihre jetzt noch einmal ausdrücklich bestätigten Verpflichtungen auch tatsächlich einhält.

Um es nochmals ganz klar zu sagen: Durch die zeitliche Verschiebung um weitere vier Monate wird sich inhaltlich nichts an den ursprünglichen Vereinbarungen ändern! Griechenland wird auch weiterhin mit den drei Institutionen zusammenarbeiten und ihnen Gelegenheit geben müssen, die Programmfortschritte zu überprüfen. Sämtliche Reformverpflichtungen müssen eingehalten werden und neue Staatsausgaben sind nur in Absprache mit den Euro-Staaten zulässig. Damit musste die linksradikale Syriza eine 180-Grad-Wende vollführen, die ihr zunehmend Probleme bereitet. So dauerte die jüngste Sitzung ihrer Parlamentsfraktion elf (!) Stunden, weil erheblicher Diskussionsbedarf bestand. Ein Europaabgeordneter der Partei hat sich sogar bei den Wählern dafür entschuldigt, dass die Wahlkampfversprechen nicht umgesetzt werden. Wolfgang Schäuble hat das am Mittwoch in einer Sitzung des Europaausschusses sehr treffend als „Rendez-vous mit der Realität“ bezeichnet. Die erneuten verbalen Provokationen der letzten Tage können daher wohl getrost als innenpolitisch motivierte Ablenkungsmanöver eingestuft werden.

Es kann also keine Rede davon sein, dass Griechenland aus der Reformpolitik aussteigt. Vielmehr bleibt es bei dem Grundsatz, dass Hilfen nur gegen konkrete Reformauflagen gewährt werden. Vor allem wird die Gesamtsumme der Hilfen der Euro-Partner für Griechenland durch diesen Beschluss um keinen Euro erhöht. Dies zu betonen ist mir ganz besonders wichtig, weil in der öffentlichen Debatte der Eindruck erzeugt wird, mit dem Beschluss vom kommenden Freitag würde das deutsche Haftungsrisiko erhöht werden.

Wenn sich die Euro-Partner weigern würden, das 2. Griechenlandpaket zu verlängern, hätte dies unausweichlich den Staatsbankrott Griechenlands zur Folge. In diesem Fall wären die gesamten bislang gewährten Hilfen auf einen Schlag unwiderruflich verloren und das Land könnte nicht Mitglied der Euro-Zone bleiben. Auch wenn die Euro-Zone durch eine ganze Reihe von Maßnahmen einen solchen Austritt Griechenlands heute sehr viel besser verkraften könnte als 2012, wäre dies doch eine ganz erhebliche Belastung für die europäische Gemeinschaftswährung. Niemand kann mit absoluter Sicherheit die Folgen für Deutschland und die übrigen Euro-Staaten vorhersehen. Ganz sicher würde ein solches Szenario aber zu katastrophalen Auswirkungen in Griechenland führen, weil eine neue Währung dramatisch abwerten und damit der Import von Lebensmitteln, Medikamenten und Erdöl drastisch teurer

würde. Dieses Szenario kann niemand wollen. Aber ich sage auch ganz klar: Wenn die griechische Regierung sich nicht an ihre Zusagen hält und wenn sie die eingegangenen Verpflichtungen bricht, dann wird sie auf keine weiteren Hilfen hoffen können. Es liegt also allein in der Verantwortung der dortigen Regierung, wie es mit dem Land weitergeht.

Es galt, vor der heutigen Abstimmung im Deutschen Bundestag gut abzuwägen. Kein Abgeordneter unserer Fraktion hat dabei leichtfertig entschieden, sondern wir haben in unseren Landesgruppen und in zwei Fraktionssitzungen intensiv hierüber beraten. Am Mittwoch hat Bundesfinanzminister Dr. Schäuble auch im Europaausschuss über die Verhandlungen auf europäischer Ebene berichtet und sehr detailliert auf unsere Fragen geantwortet. Trotz aller Enttäuschungen über den fehlenden Reformeifer der Griechen und trotz der sehr irritierenden Rhetorik der neuen Regierung sollten wir jetzt einen kühlen Kopf bewahren und uns nicht von Emotionen leiten lassen. Entscheidend ist, dass Syriza sämtliche Wahlkampforderungen zurücknehmen musste: Das Reformprogramm wird vollumfänglich fortgesetzt, die Einhaltung der Verpflichtungen wird weiter von den Institutionen überwacht, neue Sozialprogramme sind nur nach Zustimmung der Euro-Partner zulässig, einen Schuldenschnitt gibt es nicht.

Daher ist es meiner Ansicht nach die richtige Entscheidung, der Programmverlängerung zuzustimmen. Ich hoffe, dass die griechische Regierung dies als Chance begreift und jetzt intensiv an der Umsetzung ihrer Verpflichtungen arbeiten wird. Im letzten Jahr ist die Wirtschaft des Landes endlich wieder gewachsen, die Arbeitslosigkeit ist leicht gesunken und der Staatshaushalt wies 2014 – bei Herausrechnung der Zinszahlungen – sogar einen Überschuss aus. Diese Erfolge dürfen im Interesse der griechischen Bevölkerung nicht gefährdet werden. Die Programmverlängerung um vier Monate wird hoffentlich dazu beitragen, auf diese ersten Fortschritte aufzubauen. ■

## Union hält an steuerlicher Förderung der energetischen Gebäudesanierung fest – Rot-Grün blockiert

Am Dienstag hat der Koalitionsausschuss auch über die energetische Gebäudesanierung gesprochen. Leider konnte sich die Koalition nicht auf eine steuerliche Förderung einigen, weil die rot-grün regierten Länder sich weigerten, ihren finanziellen Anteil hierfür zu übernehmen. Zugleich war der Gegenfinanzierungsvorschlag für uns inakzeptabel: Für die Gebäudesanierung den Handwerkerbonus zu kappen ist der völlig falsche Weg. Das würde allein die Schwarzarbeit fördern und Mieter belasten. Die Berücksichtigung der Handwerkerrechnung für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer ist ein bewährtes Instrument zur Bekämpfung der Schwarzarbeit. Auch Mieter profitieren davon. Sie erhalten heute auf den in ihrer Nebenkostenabrechnung enthaltenen Handwerkerlohn einen Steuerbonus von 20%. Für viele Millionen Mieterhaushalte in Deutschland wäre eine Änderung also nichts anderes als Steuererhöhung. Es ist aber klare Grundlage dieser Koalition, keine Steuern zu erhöhen. Wir begrüßen, dass das Bundeswirtschaftsministerium die Zuschussprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau für die energetische Sanierung erhöhen will. Das ändert aber nichts daran, dass die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung kommen muss. ■

## Kleinanleger werden besser geschützt

Die Bundesregierung will die Transparenz von Finanzprodukten und die Information der Anleger verbessern. Dazu wurde in dieser Woche ein entsprechender Gesetzesentwurf im Bundestag erstmals diskutiert. Das Gesetz ermöglicht es den Anlegern, sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen besser zu informieren. Ebenso ist vorgesehen, die Sanktionsmöglichkeiten gegen Anbieter und Vermittler von Vermögensanlagen zu verschärfen. Nicht zuletzt ist auch eine Regelung der Schwarmfinanzierung (crowdfunding) vorgesehen. ■

## Probleme beim Mindestlohn werden bis Ostern bewertet

Die Koalition hat sich darauf verständigt, bis Ostern eine Bestandsaufnahme über die bestehenden Probleme beim Mindestlohn durchzuführen. Im April sollen dann Lösungen gefunden werden. Seit Inkrafttreten des Gesetzes häufen sich die Beschwerden gegen einzelne Regelungen zum Mindestlohn. Dies betrifft beispielsweise den Schwellenwert, ab dem die Arbeitszeiten penibel dokumentiert werden müssen,

die Generalunternehmerhaftung oder die Anrechnung von Kost und Logis bei Saisonarbeitern. Für Verunsicherung und Ärger hatte die neue Lohnuntergrenze auch bei Sportvereinen und ausländischen Spediteuren gesorgt. In einzelnen Punkten hat Bundesarbeitsministerin Nahles inzwischen für Klarstellungen gesorgt. So ist der Mindestlohn für ausländische Lkw-Fahrer bei reinen Transitfahrten durch Deutschland ausgesetzt. Ausgenommen sind seit dieser Woche auch Vertragsamateure im Sport. Noch bestehen aber bei ehrenamtlicher Arbeit große Unsicherheiten. Es reicht eben nicht, wenn die Ministerin per Pressemitteilung den Amateurfußball ausnimmt. Kommenden Montag empfängt der Parlamentskreis Mittelstand unserer Fraktion 300 Vertreter aus Unternehmen und Verbänden zum "Fachgespräch Mindestlohn". ■

## Überraschender Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Arbeitsmarktzahlen für den Februar weisen – überraschend für einen Wintermonat – einen weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit aus. Das zeigt, dass sich die gute Konjunkturlage weiterhin positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Auswirkungen der Einführung des allgemeinen Mindestlohns scheinen weiter nicht spürbar zu sein. Gerade jetzt sollte der gute Arbeitsmarkt mit einer Rekordbeschäftigung von über 43 Millionen Menschen von den Arbeitgebern genutzt werden, um Barrieren gegen die Einstellung von arbeitslosen Menschen zu überwinden. Wir haben immer noch eine viel zu hohe Zahl von Langzeitarbeitslosen, die trotz der guten Konjunktur keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Unser Ziel ist die dauerhafte Vermittlung von Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt. Hier wollen wir die Unterstützungsinstrumente für Arbeitgeber und Arbeitnehmer stärken. ■

**Gunther Krichbaum**

*Platz der Republik 1, 11011 Berlin*

*Telefon: 030/227-70371, Telefax: 030/227-76371*

*gunther.krichbaum@bundestag.de*

*www.facebook.com/krichbaum.bundestag*

*www.gunther-krichbaum.de*



*Weitere Informationen?  
QR-Code scannen!*

